

## **8. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung**

7.2.2012, 17:00 Uhr

Dr.-Günter-Ziegler-Saal im Justus-Liebig-Haus, Große Bachgasse 2, 64283 Darmstadt

Notizen: Roland Cuny

### **1. Eröffnung der Sitzung**

### **2. Vorliegende Entschuldigungen**

### **3. Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Peter Benz. Möchte aktuelle Stunde wegen HSE

=> Ältestenrat:

- 2/3 des Hauses muss einer Tagesordnungsänderung zustimmen
- 10% müssen zustimmen, dass es ein Thema für die aktuelle Stunde ist
- UWIGA-Antrag: Saladin soll auf TOP1
- TOP 9 auf Platz 2

=> Allem wurde zugestimmt

### **4. Mitteilungen der Stadtverordnetenvorsteherin**

=> keine

### **5. Mitteilungen des Magistrats**

=> keine

### **6. Fragestunde**

- Schließung des Arheilger Mühlchen: in 2012 nicht, ab 2013 Überprüfung (also keine Aussage)
- Aufhebungsantrag der Sanders Stiftung: Noch nicht beschlossen. Zunächst müssen evtl. Entschädigungszahlungen festgestellt werden
- Pläne des Magistrats für das Saladin-Gebäude: Gestaltungsbeirat, danach weitere Überlegungen

### **Aktuelle Stunde:**

- Rückkauf von 40% der HSE:

Oberbürgermeister gibt eine Erklärung ab: Belegschaft mache sich Sorgen um die Zukunft. HSE sei größte städtische Beteiligung. Rückkauf der Anteile führe die Stadt nicht in ein finanzielles Risiko, und würde auch nicht zu Risiken bei der HSE führen. Renditedruck durch privaten Investor würde zu Arbeitsplatzabbau führen, mit der Stadt nicht. Unternehmen gehöre zu 53% der Stadt. Kritik des Vorstandes an der Stadt sei völlig überzogen.

Peter Benz: Es seien Reibereien zwischen Partsch und einem Vorstandsmitglied im Gange. Es solle lieber direkt miteinander gesprochen werden. Die Rekommunalisierung von Stadtwerken für die ökologische Wende sei ein aktueller Trend.

Herr Blum (FDP): Pro

Herr Schubach (Piraten): Pro, erstens, weil bisher Mehrheitseigner aber ohne Mitbestimmungsrecht, danach mit größerem Anteil mehr Mitbestimmung, zweitens weil Chance

Herr Böck (Linken): Pro, weil Arbeitsplatz nicht zu befürchten sei

Herr Hang (Uffbasse): Pro: Leitende Angestellte sollten aber mitarbeiten,

Herr Bartsch: einziger, der dagegen gestimmt hatte. Dreifache Belastung der HSE: Erstens, große Investition in alternative Energien, zweitens, Stadt erwarte von der HSE Rendite, drittens, Kredite werden fällig, die von der HSE bedient werden müssen

Herr Kotoucek (CDU): Pro

Herr ? (Grüne): Pro: OB und die Stadtverordneten sollen auf die Belegschaft zugehen und mit ihnen sprechen.

Frau Förster-Heldmann: Partei würde sich für die HSE einsetzen

### **7. Beschlussfassung über Teil II der Tagesordnung**

**12. Verringerung der Beteiligung der HEAG Südthessische Energie AG (HSE) an der Stadtwerke Freiberg AG von 49 % auf 10 %**

(V-Nr. 2012/0002)

Bericht: Stadtv. F r a n z

=> Abstimmung: Alle dafür

**14. Vorhabenbezogener Bebauungsplan W 3.1 – Rheinstraße 75 – (Satzungsbeschluss)**  
**(V-Nr. 2011/0516)**

Bericht: Stadtv. O p i t z

=> Abstimmung: Alle dafür

**8. Zweite Änderung des Flächennutzungsplans für den Teilbereich 2.2 – Bauhaus Drive-In – (Feststellungsbeschluss)**

(V-Nr. 2011/0264)

Bericht: Stadtve. R e i ß e r

Herr Klett (UWIGA): Kontra: Seweso II Richtlinie gelte in dem Bebauungsgebiet. Was wenn es wirklich zu einem Störfall käme, dann würden erhebliche Prozessfolgen auf die Stadt zukommen. Es wäre besser, wenn man darauf einwirken würde, dass Merck weniger gefährliche Stoffe lagere. Der Sicherheitsabstand sei nicht bindend. Die Stadt könne abweichen

Kontra: Uwiga

Piraten: Enthaltung

=> angenommen

**9. Vorhabenbezogener Bebauungsplan N 6.5.3 – Bauhaus Drive-In – (Satzungsbeschluss)**

(V-Nr. 2011/0514)

Bericht: Stadtve. K o s u b

Kontra: Uwiga

Piraten: Enthaltung

=> angenommen

**10. Vorliegende Anträge (siehe Anlage)**

10.13 SV-2012/0012 03.02.2012 Dringlichkeitsantrag der Fraktion UWIGA vom 3. Februar 2012 betr. Kroneblock

Frau Lindscheidt: Es gibt keinen Bebauungsplan, d.h. es gilt der allgemeine §34 des Baugesetzbuches, d.h. es gibt keine Vorgabe an den Charakter des Gebäudes. Hinweis auf den Gestaltungsbeirat, danach könne es evt. Bebauungsplan geben. Eine schnelle

Veränderungssperre sei nicht opportun, da die Stadt Darmstadt keine Pläne für diesen Ort habe.

Herr Bauer (UWIGA): Sieht einen Missstand, weil die Stadt nicht einen Bebauungsplan aufgestellt habe. Gestaltungsbeirat habe keinen Einfluss, weil der §34 gilt. Veränderungssperre sei notwendig, da sonst ein Eigentümer alles durchdrücken könnte. Stadt müsse sich Gedanken über das Umfeld der Krone machen. Stadtverordnetenversammlung müsse jetzt den Fuß in die Tür bekommen.

Frau Katrin Husum (SPD): Erst ein Mal die Ergebnisse des Gestaltungsbeirates abwarten.

Herr ?: Man solle nicht Misstrauen haben. Es würde schon alles gut gehen.

Herr Kotoucek (CDU): Man solle den neuen Dezernenten im Amt mehr Vertrauen geben.

Herr Klett (UWIGA): Misstrauen sei vorsichtiges Agieren. Negativbeispiele aus der Vergangenheit genannt, z.B. Parkplatz beim Marienhospital. Veränderungssperre eröffne rechtlich die Möglichkeit für den Gestaltungsbeirat bzw. eine Bürgerbeteiligung.

Herr Hang (UFFBASSE): Es gäbe eine Koalitionsvereinbarung, dass es dort kein Hotel geben soll. Es gäbe unterschiedliche Auffassungen über die Aufgabe des Gestaltungsbeirat.

Stadtverordnetenversammlung übertrage Verantwortung auf den Gestaltungsbeirat. Nur über ein Bauleitverfahren würde die Öffentlichkeit involviert werden, nicht aber durch den Gestaltungsbeirat, der nichtöffentlich tagt und nichtöffentlich seine Ergebnisse weitergibt.

Herr Böck (LINKE): Krone habe Angst wegen ähnlich gelagertem Fall, der Schließung des 603 wegen eines Hotels. Die Stadt wurde alles nur nach dem Darmstadtium ausrichten.

Herr Schubach (PIRATEN): Unterstützen den Antrag. Gehe nicht um Misstrauen, sondern um Verbindlichkeit. Idee für Privatbrauerei. Altstadt wiederbeleben.

Herr Fürst (GRÜNE): Krone werde involviert, Bürgerbeteiligung sei gegeben.  
=> abgelehnt mit Stimmen der CDU und Bü 90/Grüne

10.9 SV-2012/0011 31.01.2012 Antrag der Fraktionen Bü 90/Grüne und CDU vom 28. Januar 2012 betr. Kommunalen Schutzschirm - Rahmenbedingungen für Darmstadt

Frau Klaff-Isselmann?(CDU): Darmstadt zahle für seine Schulden pro Jahr 30 Millionen Euro. Ein Schuldenberg von knapp 800 Millionen Euro sei angehäuft. Es sei richtig, den Magistrat zu bitten, den kommunalen Schutzschirm zu prüfen

Herr Akdeniz (BÜ90/GRÜNE): Kontra: Beispiele, warum Darmstadt viel Geld ausgeben muss. Die soziale Stadt sei als Idee angestoßen worden, aber es sei noch ein weiter Weg zu gehen. Darmstadt habe eine gute soziale Infrastruktur. Der Rettungsschirm werde mit Bedingungen verknüpft sein, die Darmstadt zukünftig einhalten müsse. Die Bedingungen müssten aber geprüft werden und nicht alles akzeptiert werden.

Herr Hang (UFFBASSE): Kontra: Es reiche nicht aus, nur keine neuen Schulden bis 2016 zu machen, sondern auch die alten Schulden müssen abgebaut werden. Die Ersparnis liege nur darin, weniger zu tilgen und weniger Zinsen zu zahlen. Aber es werde Auflagen geben. Ob diese verhandelbar seien, sei unklar.

Herr Blum (FDP): Pro. Gestaltungsfreiraum der Stadt sei wegen des Schuldendienstes bereits eingeschränkt.

Herr ?: Bei dem Rettungsschirm könne man verhandeln. Unklar seien die zukünftigen Auflagen. Unklar seien auch zukünftige Sanktionsmaßnahmen bei Verfehlungen der Auflagen

Herr Heinz (UWIGA): Befürwortet, dass der Sparwille dokumentiert werde durch eine Grundsatzentscheidung für den Rettungsschirm.

Herr Böck (Linke): Kontra: In 2011 seien die Schlüsselzuweisungen durch das Land Hessen um 340 Millionen gesenkt worden. Der Rettungsschirm sei nicht richtig.

Herr Schellenberg (CDU): Der Zins sei noch nicht bekannt, aber 1.x %. Dies seien Traumkonditionen. Durchschnittswert des Zinssatzes der Stadt über alle Kredite seien 4%. Einige Kredite seien sogar mit 6% Zinsen verbunden. Es können nur Kredite eingebracht werden die 2011-2016 fällig werden. Bedingungen des Rettungsschirmes seien noch nicht festgezurr. Ein Sparkommissar werde nicht kommen. Im Frühjahr 2012 eine erste Beschlussfassung der Stavo, ob man grundsätzlich rein will. Im Herbst 2012 eine zweite Beschlussfassung, ob die Bedingungen akzeptabel seien und der erste Beschluss aufrecht erhalten wird. Der Rettungsschirm werde auf jeden Fall eine Verbesserung bringen.

1. Ergänzungsantrag  
=> abgelehnt

2. Ergänzungsantrag von UWIGA  
=> abgelehnt

10.9  
=> angenommen

10.1 SV-2011/0067 05.12.2011 Antrag der SPD-Fraktion vom 2. Dezember 2011 betr. Internet-Live-Schaltung bei den Stadtverordnetenversammlungen einrichten

Herr Röder(SPD): Pro: Würde zu mehr Interesse bei den Bürgern führen.

Herr ?:

Herr Schubach (PIRATEN): Es koste nicht viel. Wichtiges Mittel um diesen Parlament Öffentlichkeit zu bringen. Streams sollten öffentliches Allgemeingut sein.

Herr Dillmann (UFFBASSE): Was wird das kosten?

Herr Klett (UWIGA): Erreichen wir wirklich die Offenheit? Antrag sollte intensiver beraten werden. Livestream sei was anderes als wenn jemand auf der Tribüne sitzt.

Herr ?: Es sei nicht so billig zu haben. Infrastruktur für viele Zuschauer sei teuer. Mehrere Saalmikrofone. Organisatorische Bedenken hinsichtlich der Trennung zwischen vertraulich und nicht-vertraulich

Frau Schüßler (BÜ90/GRÜNE): Kontra: Live-Übertragung nicht unproblematisch. Datenschutzbeauftragte vertreten die Ansicht, dass jeder Stadtverordnete gegen seine

Übertragung sein kann (Recht am eigenen Bild). Würde dazu führen, dass Redner professioneller reden müssten, vielleicht nur noch Berufspolitiker sich zu Wort meldeten. Erfahrungen aus anderen Städten zeigten, dass das Interesse zu gering sei, um die Kosten zu gerechtfertigen. Frau Lau (): Glaubt, dass Show-Inszenierungen eher weniger werden würden. Datenschutz sei kein Problem. Hat Bedenken wegen Kosten.

Frau Klein (FDP): Solle in die GO gegeben werden und noch besser prüfen.

1. Ergänzungsantrag Piraten wg. Common Creative Lizenz

2. Ergänzungsantrag wg. Kosten

=> Keine Abstimmung, in GO gegeben

Reduktion der Redezeit auf 5 Minuten pro Fraktion.

10.2 SV-2011/0068 05.12.2011 Antrag der SPD-Fraktion vom 2. Dezember 2011 betr. Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen im Rahmen der Novellierung der Hessischen Gemeindeordnung

Frau Heilmann? (SPD): Pro: Befürchtet, dass die Novellierung der hessischen Gemeindeordnung dazu führe, dass die Stadt nur noch in unwirtschaftlichen Bereiche tätig werden kann.

Herr Fürst (BÜ90/GRÜNE): Kontra: Juristische Expertise des Städtetages abwarten. Darmstadt sei nicht betroffen, weil ältere Unternehmen vor einem Stichtag nicht betroffen seien,

=>abgelehnt

10.3 SV-2012/0002 29.12.2011 Antrag der FDP-Fraktion vom 29. Dezember 2011 betr. Darmbach

=> kommt in Fachausschuss

10.7 SV-2012/0008 25.01.2012 Antrag der Fraktion UFFBASSE vom 24. Januar 2012 betr.

Mitsprache bei Führungspositionen im Staatstheater

Herr Barth: Pro: Negative Kritik an den Intendant geäußert. Darmstädter Theater habe Schaden genommen.

OB Partsch: Kontra: Detaillierte juristische Erklärung. Abberufung des Intendanten nur durch das Land Hessen möglich. Stadtverordnetenversammlung habe keinerlei Einfluss auf personelle Besetzungen. Nur der Magistrat habe dieses Privileg

Frau Metzger (?). Kontra:

Frau (Bü 90/Grüne): Kontra: Findungskommission des Landes Hessens sei ausreichend.

Herr Klett (Uwiga): Kontra: Befürchtet, dass evt. parteimäßig ein Kandidat ausgewählt wird.

=> abgelehnt

10.4 SV-2012/0005 18.01.2012 Antrag der Fraktion UFFBASSE vom 17. Januar 2012 betr. Verkauf städtischer Grundstücke für preiswerte Wohnungen

=> Fachausschuss

10.5 SV-2012/0007 24.01.2012 Antrag der Fraktion UWIGA vom 23. Januar 2012 betr. Sicherung der Darmbachrinne vor dem darmstadtium

=> Fachausschuss

10.6 SV-2012/0006 18.01.2012 Antrag der SPD-Fraktion vom 17. Januar 2012 betr.

Luftmessstation Darmstadt-Hügelstraße; hier: Erweiterung der Geräteausstattung

=> Fachausschuss

10.8 SV-2012/0009 25.01.2012 Antrag der Fraktion UFFBASSE vom 25. Januar 2012 betr.

Neubewertung städtische Ehrengräber

=> Zustimmung